

1138/J

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Mag. Terezija Stojsits, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
betreffend Schulversuch der bilingualen Mittelschule an der Privatschule mit
Öffentlichkeitsrecht des Schulvereines 'Komensky'

Seit 120 Jahren existiert in Wien ein tschechisches Schulwesen. Derzeit gibt es in Wien nur mehr eine tschechische Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht des Schulvereines 'Komensky' im dritten Wiener Bezirk, Sebastianplatz 3. Seit September 1995 bemüht sich der Schulverein um die Einrichtung einer bilingualen Mittelschule, deren Lehrplangrundlage jene eines Realgymnasiums wäre. Auf ein diesbezügliches Ansuchen wurden vom Stadtschulrat Wien dem Schulverein positive Rückmeldungen übermittelt. Auch seitens des BMUKA gab es durchwegs positive Reaktionen.

Bei einer Besprechung im Stadtschulrat Wien am 25.1.1996 haben Sektionschef Dr. Oberleitner und Landesschulinspektor Dr. Weidinger ein bilinguales Mittelstufenkonzept vorgeschlagen. Dieses Modell würde neben der Tatsache der zweisprachigen Förderung die Aufnahme von SchülerInnen mit den Muttersprachen Tschechisch, Deutsch und Slowakisch erlauben. Zudem könnten alle VolkschulabgängerInnen unabhängig der AHS-Reife aufgenommen werden. Mit der Ausarbeitung eines Konzeptes wurde HL Wolfgang Gröpel vom Stadtschulrat für Wien beauftragt. Dieses Konzept liegt vor.

Am 20.3.1996 wurde das Ansuchen vom Schulverein 'Komensky' an den Stadtschulrat übermittelt. In der Folge hat die Schule ständig beim BMUKA eine positive Erledigung urgiert. Beim einem Telefonat am 7.6.1996 teilte Herr Dr. Rumpler mit, es werde noch ungefähr drei Wochen bis zu einem Bescheid dauern. Bis zum letzten Schultag gab es seitens des BMUKA aber keine Antwort. Bei einem weiteren Telefonat am 10.7.1996 mit der Schuldirektorin teilte Dr. Jisa vom BMUKA mit, daß der Schulversuch nicht genehmigt werde. Eine schriftliche Mitteilung ist bis dato nicht eingelangt.

Es ist also zu befürchten, daß dieser innovative Schulversuch einer bilingualen Mittelschule vom Unterrichtsministerium abgelehnt wird, obwohl sowohl die Bundesregierung im allgemeinen sich für eine Fremdsprachenoffensive ausgesprochen hat als auch die Bundesministerin sich besonders für die Förderung von bilingualen Schulen.

Zu vermuten ist, daß sich das Unterrichtsministerium vor allem am Reformkonzept 'Mittelschule' stößt, wenn man die Korrespondenz des Wiener Stadtschulratspräsidenten mit dem Unterrichtsministerium aufmerksam liest, während seitens der Schule das bilinguale Konzept im Mittelpunkt steht, da in dieser Schule ohnehin schon seit langem zweisprachig unterrichtet wurde, um den AbsolventInnen den Übergang in eine deutschsprachige, weiterführende Schule zu erleichtern. Verwunderlich ist die unter

Umständen zu erwartende Ablehnung auch deshalb, weil in Wien alle Schulversuche mit zwei Ausnahmen genehmigt wurden - und zu den beiden Ausnahmen zählt auch die Mittelschule 'Komensky'.

Die unfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Ist es richtig, daß der Schulversuch 'bilinguale Mittelschule' des Schulvereins 'Komensky' von seiten des BMUKA abgelehnt wurde?
- 2) Wenn ja: Was sind die Gründe für die Ablehnung?
- 3) Ist es richtig, daß sich das Unterrichtsministerium vor allem am Konzept 'Mittelschule' stößt?
- 4) Warum wurden gegenüber dem Schulverein 'Komensky' seitens des BMUKA nie Bedenken gegen das Konzept bilinguale 'Mittelschule' geäußert?
- 5) Halten Sie es für eine korrekte Vorgangsweise, daß dem Schulverein 'Komensky' bis zum Ende des Schuljahres keinerlei Antwort auf sein Ansuchen betreffend den Schulversuch mitgeteilt wurde?
- 6) Sind Sie sich der Konsequenz bewußt, daß bei einem Nichtzustandekommen des Schulversuchs 'bilinguale Mittelschule' oder einer anderen Mittelschulform die bisherige, bilingual geführte Hauptschulklasse wegen zu geringer SchülerInnenanzahl nicht zustande kommt?